

Situation der Roma in Serbien und Kosovo mit besonderem Augenmerk auf die Rückkehrer aus Deutschland

**Reisebericht
einer Recherchereise vom 02.10.2016 bis 06.10.2016**



**Hamze Bytyci
Veronika Patočková**

Impressum

Situation der Roma in Serbien und Kosovo mit besonderem Augenmerk auf die Rückkehrer aus Deutschland. Reisebericht einer Recherchereise vom 02.10.2016 bis 06.10.2016

Autoren: Hamze Bytyci, Veronika Patočková

Herausgeber: RomaTrial e.V. & Hildegard Lagrenne Stiftung

Stand: November 2016



romatrial.org



de.hildegard-lagrenne-stiftung.eu

Wir danken der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayrischen Landtag (Arbeitskreis für Bildung, Gesundheit und Soziales) für die Organisation der Recherchereise sowie der Diakonie Deutschland – dem Evangelischem Bundesverband, dem Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V für die finanzielle Unterstützung der Reise der beiden Autoren.



Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
Inhaltsverzeichnis	3
Einleitung.....	4
Zusammenfassung	6
1. Generelle Situation der Roma	8
Serbien.....	8
Kosovo	9
2. Situation der Roma-Rückkehrer	10
Serbien.....	10
Kosovo	11
3. Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation von Roma.....	13
Serbien.....	13
Kosovo	14
4. Neue Regelung für den Arbeitsmarktzugang in Deutschland	17
5. Politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kontext	19
Serbien.....	19
Kosovo	20
6. Internationale Beziehungen	22
Beziehungen Serbiens zu Deutschland, der EU und Russland	22
Beziehungen Kosovos zu Deutschland und der EU	23
Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo	24
7. Fallbeispiele	25
Ein Beispiel von vielen: Familie Stanković	25
Besuch der Siedlung Ali Ibra in Gjakova, West-Kovoso	27

Einleitung

Der folgende Bericht über die Situation der Roma in Serbien und im Kosovo mit besonderem Augenmerk auf die Rückkehrer aus Deutschland entstand als Ergebnis der Recherchereise nach Serbien und in den Kosovo, die im Zeitraum vom 02.10.2016 – 06.10.2016 durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayrischen Landtag (Arbeitskreis für Bildung, Gesundheit und Soziales) in Zusammenarbeit mit der Hildegard Lagrenne Stiftung für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland und dem RomaTrial e.V. – Transkultureller Selbstorganisation von Roma und Nicht-Roma organisiert wurde. Der Schwerpunkt der Reise war die Situation der Roma, insbesondere der aus Deutschland nach Serbien oder in den Kosovo abgeschobenen Menschen, unabhängig davon, ob sie bereits in den 1990er Jahren als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen, oder erst in den letzten Jahren aus humanitären Gründen.

Der generellen Situation der Roma in den beiden Ländern widmet sich das erste Kapitel. Das zweite Kapitel geht dann genauer auf die Lage der Rückkehrer ein, ohne zwischen der sog. freiwilligen Rückkehrer und Abschiebung zu unterscheiden. Das dritte Kapitel fasst die nationalen sowie internationalen Lösungsansätze für Verbesserung der Lage von Roma, bzw. von Rückkehrer in den jeweiligen Ländern zusammen. Einen besonderen Augenmerk wird der neuen Regelung für den Arbeitsmarktzugang in Deutschland im vierten Kapitel gewidmet, die es Bürgern von Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien ermöglicht, mit einem abgeschlossenen Arbeitsvertrag in Deutschland ein Arbeitsvisum zu beantragen und hiermit dann nach Deutschland legal einzureisen. Ein Unterkapitel stellt den DIMAK vor, den Deutschen Informationspunkt für Migration, Ausbildung und Karriere, der über die Möglichkeiten der Arbeitsmigration nach Deutschland informiert. Um die Situation der Roma in den politischen sowie wirtschaftlichen Kontext beider Länder zu setzen, wurden die während der Recherchereise erworbenen Erkenntnisse über die politische, soziale und wirtschaftliche Lage beider Länder im fünften Kapitel zusammengefasst, ohne die das Gesamtbild nicht vollständig, bzw. teilweise nicht nachvollziehbar wäre. Einen wichtigen Punkt bildeten ebenfalls die Auslandsbeziehungen beider Länder, insbesondere die Beziehungen mit Deutschland, der EU sowie der beiden Länder untereinander. Diese sind im sechsten Kapitel dargestellt. Das letzte Kapitel dieses Berichts bilden zwei Fallbeispiele, die die Situation der Roma in Serbien und im Kosovo bildlich wiederspiegeln: die Erzählung der Familie Stanković, die wegen ihrer verzweifelten, ja lebensbedrohlichen Situation in Serbien mehrere Versuche unternommen hat, nach Deutschland zu ziehen, sowie die Schilderung der Lage in der Siedlung Ali Ibra in Gjakova, West-Kovoso. In dieser Siedlung konnten dank der Unterstützung des Schweizer Hilfswerks Caritas, des Bundes, der Gemeinde Gjakova, der Regierung des Kosovo und anderen neue Reiheneinfamilienhäuser mit Strom-, Wasser- und Kanalisationsanschluss gebaut werden – die Situation der Bewohner bleibt aber nach wie vor ausweglos.

Wie danken der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayrischen Landtag sowie der Hildegard Lagrenne Stiftung für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland für die Möglichkeit, als Vertreter einer Roma-Selbstorganisation an der Recherchereise teilzunehmen. Darüber hinaus danken wir der Diakonie Deutschland – dem Evangelischem Bundesverband für die finanzielle Unterstützung unserer Reise.

Die Angaben in diesem Bericht basieren auf Gesprächen mit folgenden VertreterInnen von nationalen und internationalen Regierungs- sowie Nichtregierungs-Organisationen:

Serbien:

- Milan Antonijević, Direktor der Organisation YUCOM (Lawyers' Committee for Human Rights), die seit 1997 700 Organisationen vereint und Teil des Human Rights House ist. Die Organisation wird überwiegend vom Ausland finanziert, nur 5% der Mittel kommen aus serbischen Quellen. Dies verschafft ihnen Unabhängigkeit, zugleich droht aber eine fehlende Nachhaltigkeit der Arbeit.
- Dragan Gračanin, Direktor der Assoziation der Roma-Koordinatoren in Serbien. Er betreut insgesamt 47 KoordinatorInnen, die bei jeweiligen kommunalen Selbstverwaltungen angestellt sind, darüber hinaus gibt es Freiwillige sowie 20 mobile Einheiten, die sich alle Themen wie Wohnen, Gesundheit und Bildung widmen.
- Alexander Jung, stellvertretender Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Serbien
- Martin Knapp, Vorstand der Deutsch-Serbischen Außenhandelskammer
- Tanja Mišćević, Leiterin des serbischen EU-Verhandlungsteams
- Zvonko Mitrović, Mitarbeiter des Serbischen Nationalrats für Roma
- Andreas Poltermann, Leiters des serbischen Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Kosovo:

- Edmond Gashi, Nationaler Koordinator, Deutscher Informationspunkt für Migration, Ausbildung und Karriere, DIMAK
- Thomas Gnocchi, EU-Verbindungsbüro im Kosovo, Leiter der Abteilung für politische, wirtschaftliche und europäische Integration
- Stefano Gnocchi, EU-Verbindungsbüro im Kosovo, Berater für Minderheitenangelegenheiten
- Nezir Kolgeci, Leiter des kosovarischen Büros der AWO Nürnberg
- Gerd Maß, Verbindungsmitarbeiter des BAMF, URA 2
- Kujtim Pacaku, Roma-Abgeordneter des kosovarischen Parlaments
- Michael Sauer, CIM-Experte im Arbeits- und Sozialministerium. CIM = Centrum für internationale Migration und Entwicklung
- Angelika Viets, Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland im Kosovo
- Roma-VertreterInnen der NGOs in Prizen: Durmish Aslano, Advancing Together – Roma Versitas, Caritas Kosova, Initiative 6 (Gruppendiskussion)

Zusammenfassung

Sowohl Serbien, als auch Kosovo stehen unter massiven strukturellen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen. Am stärksten werden von Armut und Perspektivlosigkeit die Roma betroffen. Trotz der schlechten Datenlage ist eindeutig festzustellen, dass der Zugang von Roma zu einem breiten Spektrum **von grundlegenden Menschenrechten oft erschwert oder gar unmöglich ist**. Roma werden beim Zugang zu Identitätsdokumenten, zum Wohnraum, zur Gesundheitspflege auf dem Arbeitsmarkt, sowie im Bildungswesen diskriminiert.

Die **Arbeitslosigkeit** der Roma wird in beiden Ländern auf 70-99% geschätzt. Ein Drittel der Roma-Bevölkerung in Serbien hat **keine Schule** oder nur wenige Jahre Schule besucht, nur ein Fünftel hat die Grundschule abgeschlossen. Im Kosovo dürfte die Situation der Roma, Ashkali und Ägypter ähnlich aussehen. Ganze Familien leben ohne Perspektive – durch die fehlende Bildung sowie die vorhandene Diskriminierung haben sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt, wodurch sie auch ihren Kindern keine Bildung anbieten können.

In Serbien gibt es **768 inoffizielle Roma-Siedlungen**, in den Menschen in menschenunwürdigen und gesundheitsgefährdenden Lebensbedingungen ohne asphaltierte Straßen, Kanalisation, Wasser- und Stromleitungen leben müssen. Alleine in der serbischen Hauptstadt Belgrad gibt es 35 solche informelle Siedlungen. Neben einer besonders hohen Kindersterblichkeit ist die Folge des Lebens in einer solchen Siedlung fehlende Meldeadresse, ohne die unter anderem der **Zugang zur medizinischer Versorgung verwehrt bleibt**, der sowohl in Serbien, als auch im Kosovo theoretisch für alle Bedürftigen kostenlos sein sollte. Es ist allerdings die staatliche Garantie der erreichbaren gesundheitlichen Pflege, auf deren Grundlage die deutschen Behörden die kranke Menschen nach Serbien, bzw. in den Kosovo bedenkenlos abschieben.

Die Situation der Rückkehrer ist dabei noch gravierender. Viele haben vor ihrer Ausreise aus Serbien, bzw. aus dem Kosovo ihr letztes Eigentum verkauft und kamen **ohne jegliche Mittel zurück**. Mehrere Interviewpartner berichteten davon, dass den abzuschubenden Menschen von der deutschen Polizei **ihr verbleibendes Geld vor der Abschiebung weggenommen wurde**.

In beiden Ländern war für die Kinder der Rückkehrer der **Zugang zur Schule** trotz der allgemeinen Schulpflicht nur begrenzt möglich. Nach Angaben unserer Interviewpartner gehen im Kosovo 38% der Rückkehrer-Kinder nicht mehr zur Schule.

Menschen in Serbien berichten darüber hinaus über eine **gesetzliche Sperre für Rückkehrer für den Erhalt von Sozialleistungen**, die drei bis sechsmonatige dauert und während der die registrierten Rückkehrer keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung haben. Viele registrieren sich daher aus Angst, dass sie ihre Personalien abgeben müssen, nach der Ankunft in Serbien gar nicht.

Kranke Menschen verfügen nach der Rückkehr über **keine medizinische Dokumentation** der bisherigen Diagnose und Behandlung.

In Serbien gibt es so gut wie gar **keine Hilfs- oder Integrationsangebote für Rückkehrer**. Lediglich am Flughafen gibt es ein Registrierungsbüro, das von vielen aus Angst vor Bestrafung nicht ausgesucht wird. Darüber hinaus seien Informationen, die dort verteilt werden, nicht zuverlässig.

Im Kosovo sind von deutscher Seite das Programm **URA 2, die AWO Nürnberg sowie Diakonie in Mitrovica** für Rückkehrer zuständig, die allerdings mit unzureichenden Mitteln ausgestattet sind und nur einer geringen Prozentzahl der Rückkehrer helfen können.

Abschließend können zwei allgemeine Probleme benannt werden, die beide Länder verbinden. Einerseits ist es die mehrmals erwähnte **schlechte Informationslage der (Roma-)Bevölkerung** in Serbien und im Kosovo über die Möglichkeiten, bzw. Probleme bei der Flucht nach Deutschland. So wissen viele nicht, dass ein Asylantrag mit der höchsten Wahrscheinlichkeit abgelehnt wird, was wiederum mit monatelangen Einreisesperren verbunden ist. Die Flucht nach Deutschland stellt für viele einen alternativlosen Ausweg aus ihrer verzweiferten Situation dar, die allerdings in den meisten Fällen nur zum Verlust des wenigen Eigentums führt, das die Menschen vor ihrer Ausreise besaßen.

Andererseits wurden sowohl in Serbien, als auch im Kosovo die Einhaltung der Gesetze (wie des beispielhaften Antidiskriminierungsgesetzes Serbiens), die Umsetzung von gründlich ausgearbeiteten Integrations- und Hilfsmaßnahmen, und die Erbringung der Leistungsnachweise seitens der beiden Staaten als mangelhaft bezeichnet – und zwar nicht nur seitens der Vertreter deutscher Institutionen und der Zivilgesellschaft. Auch Regierungsvertreter selbst räumten ein, dass **verschiedene Maßnahmen nicht umgesetzt werden**. Doch dessen Bestehen auf Papier ist oft die Grundlage der Asylentscheider, die zur Ablehnung von Asylanträgen, Abschiebungen aus Deutschland und letztendlich zur Erklärung Serbiens und Kosovos zu sicheren Herkunftsstaaten führt. Wie die Realität für Roma, und insbesondere für Roma-Rückkehrer aus Deutschland in beiden Ländern tatsächlich aussieht, beschreibt in Detail der folgende Reisebericht.

1.

Generelle Situation der Roma

Serbien

Laut der Volkszählung im Jahr 2011 leben in ganz Serbien 147.000 Roma. Diese Zahlen sind stark unterschätzt, denn offizielle Schätzungen gehen von 400.000 Roma in Serbien aus, nach Angaben einiger Roma-Verbände sind es bis zu 800.000 Menschen¹.

In einer Expertise, die die Heinrich-Böll-Stiftung Belgrad 2014 von serbischen Roma-NGO-MitarbeiterInnen ausarbeiten ließ, wurden fünf Lebensbereiche untersucht: Zugang zu Identitätsdokumenten, Wohnraum, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung. In allen dieser Bereiche wurde Diskriminierung festgestellt, wobei der Zugang von Roma zu einem breiten Spektrum von grundlegenden Menschenrechten als oft erschwert oder gar unmöglich bezeichnet wurde.

Laut Dragan Gračanin, dem Direktor der serbischen Assoziation der Roma-Koordinatoren, ist das Armutsniveau der Roma in Serbien im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft sechsmal höher. In ganz Serbien gibt es 768 Roma-Siedlungen. In den meisten herrschen menschenunwürdige Lebensbedingungen ohne asphaltierte Straßen, Kanalisation, Wasser- und Stromleitungen. Zvonko Mitrović, Mitarbeiter des Serbischen Nationalrats für Roma, spricht von 35 solcher informeller Siedlungen alleine in Belgrad.

Eine der Konsequenzen des Lebens in einer informellen Siedlung ist die fehlende Meldeadresse und somit fehlende persönliche Dokumente. Ohne eine Anmeldung bleibt nicht nur der Zugang zur formellen Beschäftigung, Bildung und Sozialhilfe geschlossen, sondern vor allem der Zugang zur medizinischen Versorgung, die in Serbien für alle Menschen ohne ausreichende Finanzmittel theoretisch kostenfrei ist. Das Leben in einer informellen Siedlung ist somit unter anderen mit einer besonders hohen Kindersterblichkeit verbunden, die nach Angaben des stellvertretenden Botschafters Alexander Jung viermal höher ist, als in der Mehrheitsgesellschaft.

Ein großes Problem der Roma in Serbien ist die Arbeitslosigkeit, die nach Schätzungen von Dragan Gračanin 99% der Roma betrifft. Zvonko Mitrović schätzt, dass 90% Roma in Serbien keine Arbeit haben und von den 10% Beschäftigten 40% im Sozialsektor arbeiten. Beide betonen allerdings, dass es keine richtigen Statistiken für die Beschäftigungsquote gibt.

Auch in der Bildungssituation der Roma sind Benachteiligungen ersichtlich. Laut des Berichts „The Status of Roma in Serbia“ der Heinrich-Böll-Stiftung Belgrad, der die „Strategie für Verbesserung der Stellung von Roma in Serbien“² zitiert, hat ein Drittel der Roma-Bevölkerung keine Schule oder nur wenige Jahre Schule besucht, nur ein Fünftel hat die Grundschule abgeschlossen. Eine Oberschule (bspw. Realschule oder Gymnasium) haben 11% der Roma-Bevölkerung abgeschlossen, nur 1% der Roma in Serbien verfügt über einen Studienabschluss. Wie Zvonko Mitrović erläutert, haben auch in Serbien alle Kinder das Recht auf Bildung, allerdings erschwert die soziale Situation vieler Familien auch den Zugang zur Schule: Dies betrifft insbesondere Kinder aus den informellen Siedlungen ohne Wasseranschluss und feste Straßen, die die hygienischen Standards nicht erfüllen, sodass serbische Kinder mit schmutzigen Roma-Kindern nicht in einer Klasse sein wollen. Ein weiteres Problem sind mangelnde Mittel für den Erwerb von Lehrbüchern und

¹ Reportage der bpb: <http://www.bpb.de/internationales/europa/sinti-und-roma-in-europa/179558/eine-reportage-aus-serbien-die-aermsten-der-armen-sind-die-roma?p=all> (Abruf am 06.12.2016)

² Verfügbar in serbischer Sprache online: <http://www.inkluzija.gov.rs/wp-content/uploads/2010/03/Strategija-SR-web-FINAL.pdf> (Abruf am 08.12.2016).

anderen Schulsachen. Der Anteil der Kinder aus den informellen Siedlungen, die die erste Klasse antreten, sinkt daher auf 69% im Vergleich zu 97% in der Mehrheitsgesellschaft³.

Kosovo

Im Kosovo leben vergleichsweise wenig Roma, die sich in drei Gruppen aufteilen: laut der Recherche der deutschen Botschaft leben im Kosovo 28.000 – 30.000 Roma, Ägypter und Ashkali, laut der Volkszählung im Jahr 2011 sind es 8.800 Roma, 15.000 Ashkali und 11.000 Ägypter. Auch diese Zahl sind mit Vorsicht zu genießen, zusammenfassend kann man jedoch sagen, dass die sog. RAE-Minderheit 2% der kosovarischen Bevölkerung ausmacht. Thomas Gnocchi, Leiter der Abteilung für politische, wirtschaftliche und europäische Integration des EU-Verbindungsbüros im Kosovo, machte darauf aufmerksam, dass es von manchen Vertretern der Minderheit als herabwürdigend empfunden wird, als Angehörige einer Minderheit bezeichnet zu werden. Es gibt eine Ägypter-Community in Mazedonien, im Kosovo werden sie verfassungsmäßig anerkannt, sie haben auch ihre eigene Flagge.

Ähnlich wie in Serbien leben verhältnismäßig viele Angehörige der RAE-Minderheiten in besonders prekären Wohnräumen, es herrscht ein Teufelskreis aus fehlenden Arbeitsmöglichkeiten, die neben der Diskriminierung durch fehlende Bildung verursacht wird. Dies führt dazu, dass Eltern ihren Kinder keine gute Bildung ermöglichen können. Dies bestätigt auch Nezir Kolgeci, Leiter des kosovarischen Büros der AWO Nürnberg, der die Lage vieler RAE-Familien als reinen Überlebenskampf bezeichnet, in dem für Bildung keinen Platz geben kann. Kujtim Pacaku, Roma-Abgeordneter des kosovarischen Parlaments, nennt die geschätzte Arbeitslosigkeit der Roma, Ashkali und Ägypter über 70%.

³ Multiple Indicator Cluster Survey von UNICEF, Serbien 2014, verfügbar online:
https://www.unicef.org/ceecis/MICS_5 - Key Findings.pdf (Abruf am 08.12.2016)

2.

Situation der Roma-Rückkehrer

Serbien

Wie in vielen anderen Bereichen, fehlen auch über die Situation der Rückkehrer seitens des serbischen Staates zuverlässige Daten. Zur Orientierung dienen daher die Angaben aus dem deutschen Zentralregister, laut dem 200.000 Serben in Deutschland leben. Davon sind **24.000 ausreisepflichtig**, 19.000 haben eine Duldung. Der Leiter des serbischen Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung, Andreas Poltermann, gibt an, dass **bis Oktober 2016 ca. 6.000 Rückkehrer nach Serbien** kamen. Laut Dragan Gračanin bilden **80% der Abgeschobenen Angehörige der Roma-Minderheit**, was mit den Angaben des stellvertretenden Botschafters, Alexander Jung, korrespondiert, laut dem **85% der Asylantragsteller aus Serbien in Deutschland Roma sind**.

Sowohl Dragan Gračanin, als auch Zvonko Mitrović bestätigen, dass sie von abgeschobenen Roma-Familien aufgesucht werden, obwohl ihre Institutionen für ihre Fälle nicht zuständig sind und neben der Beratung und ggf. Begleitung auch über keine wirksamen Unterstützungsinstrumente verfügen. Zvonko Mitrović spricht von 2-3 Familien pro Monat, die ihn aufsuchen, um um Hilfe zu bitten.

Neben den alltäglichen Schwierigkeiten mit der Sicherung des Unterhalts, die besonders viele Roma in Serbien betreffen, haben sich die Rückkehrer noch zusätzlichen Problemen zu stellen. Wie Dragan Gračanin erläutert, **registrieren sich viele aus Angst, dass sie ihre Personalien abgeben müssen, nach der Ankunft in Serbien gar nicht** – weder bei der Internationalen Organisation für Migration, noch bei den serbischen sozialen Zentren. Somit hat der serbische Staat keine Übersicht über die hilfsbedürftigen Rückkehrer. Lediglich solche Stellen wie die Roma-KoordinatorInnen kommen mit ihnen in Kontakt. Dies stimmt mit der Aussage von Andreas Poltermann überein, dass dem serbischen Staat nach dem Anstieg der Zahl der Asylanträge im Jahr 2014 durch eine Initiative Schwedens der Entzug der Visafreiheit angedroht wurde. Die Regierung reagierte mit repressiven Maßnahmen, drohte mit Strafen für Abgeschobene und leistete den Rückkehrern auch keinerlei Hilfe. Dies bestätigt auch die Aussage von Alexander Jung, laut der durch das Stellen eines Asylantrags in Deutschland ein Strafbestand in Serbien erfüllt wird.

Dies erläuterte Zvonko Mitrović näher: Nach einer Abschiebung haben die Familien offiziell drei Monate **kein Anrecht auf soziale Leistungen**, wobei die Tatsache, ob die jeweilige Familie andere Möglichkeiten der Lebensunterhaltsgewinnung hat, keine Rolle spielt. Die Behörden verzögern allerdings durch Auflagen und Anforderungen von weiteren Dokumenten die Bearbeitungszeit auf sechs Monate, wozu sie nach der Aussage von Herrn Mitrović direkt vom Innenministerium angehalten werden. Viele Sachbearbeiter bemühen sich zudem, die Zahlung der Leistungen komplett zu unterbinden, indem sie behaupten, dass die jeweilige Familie über ein Haus mit einem Garten verfüge und demnach keinen Anspruch auf Unterstützung habe. Insbesondere für Analphabeten ist dann die Überwindung der bürokratischen Hürden nicht möglich.

Im ähnlichen Sinne äußerte sich auch Dragan Gračanin: Am Flughafen gibt es zwar ein Beratungsbüro für die Rückkehrer, die Informationen, die dort verteilt werden, seien jedoch nicht zuverlässig. Die mittellosen Rückkehrer bekommen nach der Ankunft lediglich Geld für ein Hinfahticket zum „Wohnort“ oder zu ihren Verwandten.

Auch der **Zugang zur Schule** wird oft zusätzlich erschwert, da die Kinder von der Einstufungskommission oft falsch eingestuft werden (selbst SchülerInnen mit 12 oder 13 Jahren werden als Erstklässler bewertet). Ebenfalls schwierig ist oft der Zugang zur Gesundheitspflege, gerade im Bezug auf die Behandlung von

chronischen Krankheiten – viele bringen keine medizinische Dokumentation der bisherigen Behandlung mit und diejenigen, die sie vor der Rückkehr aus Deutschland besorgt haben, können sich die Übersetzung aus dem Deutschen nicht leisten. Viele Abgeschobene sind darüber hinaus gezwungen, in den genannten informellen Siedlungen ohne Anbindung an die städtische Infrastruktur zu leben, die oft unter Brücken aus gesammelten Materialien gebaut werden: So war es beispielsweise im Falle des Belvil-Camps unter der Brücke zum Stadtteil Novi Beograd, das im April 2012 zwangsgeräumt wurde⁴, oder in den aktuellen Siedlungen, die sich links und rechts unter der Pančevo-Brücke erstrecken. Dieses Schicksal teilen sie sich nach Angaben von Alexander Jung mit vielen Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo, die in Serbien seit 20 Jahren ohne Aussicht auf Verbesserung in ihrem Leben verharren.

Kosovo

Auch im Kosovo fehlen zuverlässige statistische Daten über die Migration von Roma, Ashkali und Ägypter. Schätzungen gehen davon aus, dass der Anteil an Roma, Ashkali und Ägypter unter den Ausreisern höher ist, als in der Bevölkerung, allerdings bilden den größten Anteil der Migration die Kosovo-Albaner. Hinsichtlich der Bildungs- und Berufsstruktur sind unter den Emigranten alle Bevölkerungsgruppen vertreten.

Laut den Angaben der Vertreter des Bildungsprogramms „Advancing Together – Roma Versitas“ sind in einer gesamtkosovarischen Migrationswellen 2014/2015 an 5.000 Roma, Ashkali und Ägypter nach Westeuropa, überwiegend nach Deutschland migriert, manche von ihnen zum ersten Mal, manche bereits wiederholt. Die Situation von vielen hat sich dadurch verschlechtert, da sie oft ihr Eigentum verkauft haben und nach der Rückkehr ohne finanzielle Absicherung gerieten. Dies bestätigen auch viele andere Institutionen, beispielsweise Michael Sauer, CIM-Experte im Arbeits- und Sozialministerium, dessen Ansatz ist es, die Migration in eine andere Bahn zu lenken, damit sie nicht mehr einen **alternativlosen Lebensweg von ganzen Familien** darstellt. Dies könnte durch die Beförderung von saisonalen oder zirkulären Migration erreicht werden, die es Menschen ermöglicht, im Ausland Geld zu verdienen, ohne die Lebensgrundlage im Kosovo aufzugeben.

Durch die Migration und die (gezwungene) Rückkehr in den Kosovo verschlechtert sich auch die an sich bereits problematische **Bildungslage der RAE-Kinder**. Laut den Angaben von „Advancing Together – Roma Versitas“ gehen 38% der Rückkehrer-Kinder trotz der allgemeinen Schulpflicht nicht mehr in die Schule. Ein Problem sind wie oft fehlende Informationen – die Eltern wissen oft nicht, wie sie Schulzeugnisse aus Deutschland im Kosovo anerkennen lassen können. Der Lösungsansatz der im Kosovo tätigen AWO Nürnberg ist daher die Unterstützung der Rückkehrer-Familien bei der Zusammenarbeit mit der jeweiligen Gemeinde, damit Zeugnisse anerkannt werden – nicht alle wissen, dass die Zeugnisanerkennung eigentlich kostenlos innerhalb von einem Tag erledigt werden kann. Ein weiteres Problem ist, dass die Schulen nicht immer Rückkehrer-Kinder aufnehmen, auch wenn sie dazu verpflichtet sind. Darüber hinaus verfügen die Familien oft über kein Zeugnis, da sie während des Schuljahres abgeschoben wurden. Hier kann die AWO die jeweilige deutsche Schule kontaktieren und das Zeugnis einfordern. Auch dabei stellt der Informationsmangel das größte Hindernis dar.

Der Grund für viele Abschiebungen ist die theoretischen kostenlose **medizinische Versorgung** für Kinder, Sozialhilfeempfänger, Schwerkranke und Alte, die per Gesetz garantiert wird. Viele Gesprächspartner bestätigen allerdings, dass man in der Praxis aber alle Medikamente selbst bezahlen muss, in den

⁴ Mehr Informationen zu den dramatischen Folgen der Zwangsräumung siehe <https://www.guernicamag.com/art/the-sound-of-barking-dogs-expelling-the-roma-from-belvil/> (Abruf am 19.10.2016)

Apotheken gibt es nichts kostenlos. Die Diskriminierung spielt auch in diesem Fall eine Rolle, die den Zugang von Roma, Ashkali und Ägyptern zur Gesundheitsversorgung zusätzlich erschwert. Gelder, das die Rückkehrer von der AWO, von dem Programm URA 2 oder von anderen Hilfsorganisationen bekommen, dies reicht längst nicht aus.

Es wurde auch vereinzelt von Erfahrungen berichtet, dass die deutsche Grenzpolizei den Rückkehrern ihr Geld wegnimmt, vermutlich um die Kosten für die Abschiebung oder die freiwillige Rückreise zu decken. Aus diesen und anderen Gründen kommen viele Rückkehrer mit leeren Händen in den Kosovo.

3.

Nationale sowie internationale Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation von Roma

Serbien

Wie Tanja Mišćević, Leiterin des serbischen EU-Verhandlungsteams, beschreibt, sind in Serbien drei Mechanismen für die Verbesserung der Lage von Roma vorhanden: **das nationale Gleichbehandlungsgesetz, die Antidiskriminierungsstrategie sowie eine europäische Roma-Strategie**. Für beide nationalen Dokumente wurden bereits eigene Aktionspläne ausgearbeitet. In den nächsten Tagen (Oktober 2016) sollte der Aktionsplan für die Roma-Strategie verabschiedet werden. Darüber hinaus verbietet aber auch beispielsweise das allgemeine Arbeitsrecht die Diskriminierung seitens des Arbeitgebers. Laut Tanja Mišćević genießen somit Roma in Serbien Schutz auf mehreren Ebenen, es gibt auch eine besondere Kontrolle seitens der EU – das Roma-Seminar – das den Schutz der Roma überwacht. Die Schwerpunkte sind Beschaffung von persönlichen Dokumenten, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnsituation und Zugang zum Arbeitsmarkt. Wie sie erläutert, ist für die Verbesserung der Lage ein ganzes System von Maßnahmen notwendig, weil die Probleme vielseitig sind. Wie sie sagt: Es kann keiner angestellt werden, der keinen Personalausweis, keine Gesundheitsnachweise und keine Ausbildung hat. Das Gleiche gilt auch für die Rückführung aus Deutschland, bei der Menschen eine Arbeit, eine Wohnung und ärztliche Behandlung zugleich benötigen. Jedoch wird für Serbien lediglich nur eine geringe Finanzhilfe für die Rückführung nach Serbien bereitgestellt, die nur die Kosten für den Transport in die Herkunftsstadt der Rückkehrer abdeckt. Dieses Geld geht nicht in serbische Hände, sondern wird direkt von Deutschland aus eingesetzt. Darüber hinaus gibt es eine bilaterale Inklusionshilfe seitens Deutschlands, die wie alle Staatshaushaltsmittel einer regelmäßigen Kontrolle unterliegt.

Nach Erläuterungen von Dragan Gračanin reagierte der Staat auf die schlechte Situation der Roma mit einem Gesetz, laut dem die **Vertreterverteilung in staatlichen Institutionen** den Minderheitenanteil reflektieren muss. Dies wird bei allen Minderheiten eingehalten, aber nicht im Falle der Roma-Minderheit.

Alexander Jung erklärt, dass in Serbien sowohl die **Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)**, als auch die **Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)** tätig sind. Es läuft ein **Rückkehrermonitoring**, die Rückkehrer selbst werden über die Regelung der sicheren Herkunftsstaaten und deren Konsequenzen für das Asylsystem aufgeklärt. Den Maßnahmen des serbischen Staates steht er eher kritisch gegenüber: Er bedauert, dass die Unterstützung seitens des serbischen Innenministeriums eher **nur auf dem Papier steht**, ohne wirksame Veränderungen zu erreichen. Der gleichen Meinung ist Milan Antonijević, Direktor der Organisation YUCOM (Lawyers' Committee for Human Rights), laut dem die Minderheitenrechte auf dem Papier gut geschützt sind, die Umsetzung in der Realität aber mangelhaft ist. Auch Dragan Gračanin kritisiert die seit Mai 2016 eingeführten lokalen Integrationsstrategien. Obwohl das Konzept sehr gut ausgearbeitet ist, existiert es laut ihm allerdings bis jetzt nur auf dem Papier und wird durch keine Maßnahmen umgesetzt.

Andreas Poltermann steht ebenfalls der EU-Förderung kritisch gegenüber, wobei oft Geld ausgegeben wird, ohne zu prüfen, zu welchen Ergebnissen die geförderten Maßnahmen führen. Auch Zvonko Mitrović bestätigt dies, wenn er sagt, die EU gibt serbischen Kommunen Geld, welches von den Behörden für andere Projekte verwendet wird, die nichts mit Roma zu tun haben. Als Grund wird laut Herrn Mitrović angegeben, dass für die soziale Arbeit bereits viel Geld ausgegeben würde und die Roma damit bereits genug Hilfe erhalten hätten.

Ein Ansatz der Heinrich-Böll-Stiftung in Belgrad war das sog. Roma Cargo Projekt, das die Stadtentwicklung mit Mobilität verbindet: Da viele Roma von Abfall-Recycling leben, wurden Roma-Communities mit Fahrrädern ausgestattet, mit Hilfe derer sie die Materialien im städtischen Gebiet aufsammeln und transportieren können. Andreas Poltermann kritisiert daher die Einführung von unterirdischen Containern in Belgrad als eine gezielte Maßnahme um Roma aus dem Stadtbild zu entfernen: Die neuen Container sind nicht mehr von außen zugänglich, wodurch viele Roma die Lebensgrundlage verloren haben. Nach seinen Angaben wird in Serbien lediglich 10-15% des Abfalls getrennt, worin generell ein großes Entwicklungspotential liegt.

Kosovo

Im Vergleich zu Serbien ist hervorzuheben, dass im Kosovo einige Hilfsprogramme für Rückkehrer tätig sind. Wie allerdings oben bereits beschrieben, fehlt es ihnen an Kapazität und finanziellen Mitteln, um eine flächendeckende, wirksame Hilfe anzubieten.

Notfallförderung des kosovarischen Staats

Es gibt eine Notfallförderung des kosovarischen Staats für 6-12 Monate, die eine kurzfristige Unterbringung, Holzpakete, Heizungspakete, Verteilung von Nahrungsmitteln sowie Integrationsmaßnahmen für Menschen anbietet, die vor dem 28. Juli 2010 Kosovo verlassen haben. Diese bestehen aus Möbel, Karriereberatung, Sprachkursen für Kinder etc. Beim Ausgang am Flughafen befindet sich das kosovarische Integrationsbüro, wo die Rückkehrer registriert werden, und die Ersthilfe erhalten – Transport zum Zielort oder Übergangsübernachtungsmöglichkeit in Pristina.

URA 2

URA 2 ist ein deutsches Reintegrationsprojekt speziell für Rückkehrer. Seine Tätigkeit hat 2007 als URA begonnen. URA bedeutet auf Albanisch „Brücke“, wobei das Programm als eine Brücke zwischen verschiedenen Institutionen funktioniert: Die Mitarbeiter stehen im regelmäßigen Austausch mit 16 Rückführungsstellen in verschiedenen Bundesländern in Deutschland, von denen sie Informationen über die zurückzuführenden Personen erhalten. Darüber hinaus arbeitet URA 2 mit dem kosovarischen Departement for Citizenship and Migration zusammen, wodurch es auch direkte Kontakte zum kosovarischen Innenministerium gibt. Diese werden zur Hilfe für konkrete Personen genutzt.

Das Budget von URA 2 belief sich auf 940.000,- EUR für das Jahr 2016. An der Finanzierung beteiligt sich größtenteils der Bund und die beteiligten Bundesländer: Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Bayern beteiligt sich nicht, die freiwilligen Rückkehrer aus diesem Bundesland werden daher durch die AWO Nürnberg unterstützt, die Abgeschobenen durch die Diakonie in Mitrovica, die zusammen mit der Deutschen Botschaft von Bayern finanziert wird. Leistungen, die aus dem Bund finanziert werden, stehen allen Rückkehrern zur Verfügung:

1. soziale Beratung im Bereich Wohnungssuche, Bildung, Nachforderung von fehlenden Zeugnissen etc.,
2. Arbeitsvermittlung, 3. psychologische Beratung, zertifiziert nach deutschen Standards. 2015 wurden 135 Menschen psychologisch betreut.

Aufgrund von hohen Rückkehrerzahlen wurde das gesamte Hilfesystem von URA 2 umgestellt: Zuerst wird eine Erstberatung für alle angeboten, in der besonders schutzbedürftige Menschen identifiziert werden. Es werden auch Fälle von den Rückführungszentren in Deutschland vorangemeldet, die spezielle Aufmerksamkeit erfordern. Der Bedarf nach psychologischer Betreuung wegen einer Vorerkrankung wird nach der Erstberatung für den Zeitraum von 6 Monaten festgestellt. Fälle von Traumatisierung durch die Abschiebung selbst werden allerdings nicht erfasst. URA 2 ist dafür verantwortlich, anhand der Rückführungslisten bereits vor der Abschiebung die Möglichkeiten von Behandlung der Vorerkrankungen festzustellen. Wenn Behandlung direkt am Flughafen notwendig ist (bspw. bei notwendiger ärztlicher Begleitung oder bei angekündigter Suizid-Gefahr), werden die Rückkehrer bis zur Grenzen von deutschen Ärzten begleitet, danach übernimmt die Behandlung das kosovarische Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium. Die Hilfe wird auf sechs Monate eingeschränkt, in Einzelfällen kann die Hilfe auch darüber hinaus gehen.

Die finanziellen Unterstützungsangebote sind nur begrenzt verfügbar und können lediglich von Rückkehrern aus den acht beteiligten Bundesländern genutzt werden. 2015 kamen aus den beteiligten Bundesländern laut Gerd Maß, dem Verbindungsmitarbeiter des BAMF für URA 2, 4.700 Menschen zur Beratung, weswegen nur besonders schutzbedürftigen Menschen geholfen werden kann. Laut den Angaben auf der Internetseite des BAMFs haben sich bis zur Mitte des Jahres 2016 bereits mehr als 3.000 Rückkehrerinnen und Rückkehrer zur Sozialberatung angemeldet⁵. Zumeist werden die Menschen bei der Bezahlung der Miete und Ausbildung unterstützt, ggf. können sie den Lebenshaltungszuschuss oder Lohnkostenzuschuss in Anspruch nehmen.

Das Projekt "URA" ist jährlich befristet. Derzeit läuft es bis zum 31.12.2017. Nach Ablauf wird das Projekt um ein weiteres Jahr verlängert.

AWO Nürnberg

Die AWO Nürnberg hat ihre Tätigkeit im Kosovo 2007 als ein Teil des URA-Projekts aufgenommen, Ende 2008 hat sich die AWO Nürnberg vom URA-Projekt getrennt, weil die AWO gegen Abschiebungen ist und daher finanzielle Unterstützung nur für freiwillige Rückkehrer anbietet. Die Sozialberatung sowie die psychologische Beratung im Büro ist für alle zugänglich, auch Aktivitäten für Kinder werden für alle angeboten, auch abgeschobene Kinder können eine Schultasche bekommen. Die Tätigkeitsbereiche sind unter anderem: soziale Beratung, psychologisch Beratung, Aktivitäten für Kinder, Organisieren von Lohnkostenzuschüssen, damit Rückkehrer eine Arbeitsstelle bekommen. Laut Nezir Kolgeci, dem Leiter des kosovarischen Büros der AWO Nürnberg, gab es 2015 enorm viele Rückkehrer – an die 10.000 – 12.000, alleine die Sozialberatung der AWO haben 4.000 Menschen aufgesucht. Es war unmöglich, allen zu helfen, die Hilfe hat ca. 2.000 Menschen erreicht.

Darüber hinaus werden seit 2015 in der AWO-Büro Pristina Informationen über legale Wege nach Deutschland an die Rückkehrer auf Albanisch und Deutschland gegeben. Das Ziel ist es unter anderem, abgeschobene Menschen darüber informieren, dass sie vorerst keinen Visaantrag stellen sollen: Dies ist mit Ausgaben in Höhe von ca. 200,- Euro für Pflichtversicherung, Visaantrag-Stellung sowie andere Dokumente pro Person verbunden, die nicht zielführend sind, weil die Menschen eine Einreisesperre haben. Viele haben es dennoch versucht und wurden enttäuscht. Wie Nezir Kolgeci feststellt, ist es unmöglich, alle 13.000 rückgekehrte Menschen zu informieren.

⁵ <http://www.bamf.de/DE/Rueckkehr/Reintegration/ProjektKosovo/projektkosovo-node.html> (Abruf am 16.02.2017)

Diakonie Mitrovica

Weitere Hilfsangebote, insbesondere für abgeschobene Personen aus Bayern, werden seitens der Diakonie im Norden Kosovos angeboten. Das Hilfezentrum konnten wir aus zeitlichen Gründen nicht besuchen, weitere Informationen können beispielsweise unter der folgenden Website erworben werden:
<https://www.insightonconflict.org/conflicts/western-balkans/peacebuilding-organisations/diakonie-kosovo/>
(Abruf am 16.02.2017)

Spezielle Angebote für Roma, Ashkali und Ägypter

EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020

Der EU-Rahmen gibt individuellen Staaten die Möglichkeit, Förderung für ihre Nationalpläne zur Integration der Roma zu bekommen. Der EU-Rahmen konzentriert sich auf Wohnen, Gesundheit, Beschäftigung, Bildung und Registration. Eines der Probleme im Kosovo ist dabei, dass die Strategie vom Jahr 2009 bis 2015 bereits ausgelaufen ist, der neue Nationalplan wurde zu Oktober 2016 immer noch nicht verabschiedet, auch wenn er Anfang 2016 fertig sein sollte. Die Entwicklung wird vom EU-Verbindungsbüro finanziert, das damit eine NGO beauftragte, die von der Regierung ausgewählt wurde. Es ist zwar keine Roma-NGO, die Arbeit des EU-Büros kann laut Thomas Gnocchi dennoch als Erfolg verzeichnet werden, weil sich die Beziehung zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft, die die Roma, Ashkali und Ägypter vertritt, deutlich verbessert hat und nun eine gute Arbeitsatmosphäre herrsche. Ein weiteres Problem ist auch, dass es in der Vergangenheit unmöglich war, die Maßnahmen zu messen. Selbst in den Berichten der Regierung wurden oft Sachen beschrieben, es fehlten aber Zahlen und man wusste nicht, welche Finanzmittel eigentlich ausgegeben wurden.

Advancing Together – Roma Versitas

Das bereits erwähnte Bildungsprogramm für Roma, Ashkali und Ägypter heißt Advancing Together – Roma Versitas. Laut Aussagen der Programmmitarbeiter gibt es zur Zeit 170 Studierende, die im Rahmen des Programms unterstützt werden, 20 Studierende haben ihr Studium bereits abgeschlossen, haben aber bisher keine Arbeitsstelle gefunden, weder im öffentlichen, noch im privaten Sektor. Laut Aussagen der Mitarbeiter werden Roma, Ashkali und Ägypter manchmal selbst in den Bewerbungsverfahren diskriminiert, die im Kosovo per Gesetz für Minderheiten vorbehalten werden – bei der Bewerbung wird ihnen gesagt, dass die jeweilige Stelle nicht für den Angehörigen der RAE-Communities reserviert ist, sondern für die Serben. Das Minderheitenkonzept im Kosovo zielt auf die serbische Minderheit ab, nicht auf die RAE-Communities.

4.

Neue Regelung für den Arbeitsmarktzugang in Deutschland

Seit dem 01.01.2016 ist es für BürgerInnen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien möglich, gem. § 26 Abs. 2 der Verordnung über die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern mit einem abgeschlossenen Arbeitsvertrag in Deutschland ein Arbeitsvisum zu beantragen. Der Beantragung muss eine Vorrangsprüfung durch das lokale Arbeitsamt vorangehen, so dass sichergestellt wird, dass der Arbeitsplatz weder durch deutsche, noch durch EU-StaatsbürgerInnen besetzt werden kann. Im Gegensatz zur früheren Regelung, die sich nur auf bestimmte Beschäftigungen erstreckte, die in einer Positivliste erfasst wurden, betrifft der erleichterte Marktzugang alle Beschäftigungen ohne Einschränkung. Das Arbeitsvisum darf allerdings nicht erteilt werden, wenn der Antragsteller in den letzten 24 Monaten vor Antragstellung Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen hat.

Nach Angaben von Alexander Jung wurden in den genannten Balkanstaaten im ersten Halbjahr 2016 insgesamt 3.500 Arbeitsvisa erteilt, 6.000 beantragt und 1.000 abgelehnt. Die Bearbeitungszeit des Arbeitsvisumantrags beträgt in Serbien momentan (Oktober 2016) mindestens zwei Monate. Im Kosovo stehen 8.000 Menschen auf der Warteliste, die Wartezeit nach der erfolgreichen Vorabprüfung durch die Agentur für Arbeit beträgt vier Monate.

Insbesondere im Kosovo wurde dabei oft auf das Problem hingewiesen, dass nur wenige kosovarische BürgerInnen über die Möglichkeiten der legalen Einreise nach Deutschland informiert sind. Als eine Ursache dafür nannte Michael Sauer, CIM-Experte im kosovarischen Arbeits- und Sozialministerium die geringe Qualität der einschlägigen Informationen über die Migrationsregelung nach Deutschland, in die Schweiz oder in die Niederlande, die die kosovarische Regierung verbreitet. Dies bestätigten ebenfalls VertreterInnen von Roma-Selbstorganisationen im Kosovo.

Martin Knapp vom Vorstand der Deutsch-Serbischen Außenhandelskammer stellt darüber hinaus fest, dass der erleichterte Marktzugang in Deutschland meistens keine Schnittmengen mit den Menschen hat, die als Asylsuchende nach Deutschland kommen. Der Grund dafür ist, dass in Deutschland eher Fachkräfte mit Ausbildung gesucht werden, die bei vielen Roma bisher fehlt.

Darüber hinaus wurden bilaterale Projekte ins Leben gerufen, die die Arbeitsmigration zwischen Serbien sowie dem Kosovo und Deutschland fördern. So setzt die GIZ das Projekt „Tripple Win“ für Pflegekräfte aus Serbien um, die nach Deutschland rekrutiert werden. Die deutschen Unternehmer, die am Projekt teilnehmen und serbische Pflegekräfte einstellen, müssen sich mit 4.000 EUR beteiligen.⁶

DIMAK, Deutscher Informationspunkt für Migration, Ausbildung und Karriere

Im Kosovo wurde im April 2015 als eine Reaktion auf illegale Migration nach Europa der Deutsche Informationspunkt für Migration, Ausbildung und Karriere eröffnet. Der Informationspunkt hat 3 **Arbeitsbereiche**: 1. Migrationsberatung für Arbeitssuchende, potentielle Migranten. 2. Beratung im Bereich der Migrationspolicy, Unterstützung des Ministeriums für Soziales und Arbeit bei der Harmonisierung der Gesetzgebung mit der EU-Gesetzgebung bezüglich der Migration und Arbeitsmigration. 3. Zirkuläre Migration, Entsenden von Studierenden und Auszubildenden nach Deutschland, die nach der Rückkehr die

⁶ <http://www.triple-win-pflegekraefte.de/> (Abruf am 07.12.2016).

kosovarische Wirtschaft unterstützen. Weitere zwei Bereiche, die direkt das Programm für Migration und Entwicklung übernimmt: 1. Rückkehrer-Expert_innen, dieses Jahr gab es sechs Kandidaten, die in Deutschland leben und die 3 Jahre in den Kosovo kommen, um hier Entwicklung anzukurbeln. 2. Zusammenarbeit mit der kosovarischen Diaspora in Deutschland, um Investitionen in den Kosovo anzulocken.

Arbeitsergebnisse des DIMAK: Innerhalb eines Jahres wurden 13.000 Klienten beraten, 82 Auszubildende wurden nach Deutschland entsendet, es gab über 46 „Karrieren-Infotage“ in ganz Kosovo, über 40 Bewerbungstrainings, 11 Arbeitsmessen, von 42 beteiligten Firmen haben 15 Firmen neue Mitarbeiter gewonnen, es wurden 480 Arbeitsverträge unterschrieben, was im Kosovo einzigartig ist. DIMAK wurde zu einem regionalen Instrument der Migrationsberatung: Anfang Oktober 2016 wurde DIMAK auch in Albanien eröffnet, im November 2016 **in Serbien**.

Ein Beispiel der **erfolgreichen Zusammenarbeit** ist die Kooperation mit Diakonie Württemberg, die 42 Auszubildende aus dem Kosovo für den Bereich der Altenpflege haben wollte. Es gab 500 Bewerbungen, 52 Kandidaten wurden ausgesucht, die von DIMAK ein Sprach- sowie Integrationstraining (Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland etc.) erhalten haben. Weitere Beispiele der Zusammenarbeit ist die Kooperation mit der IHK vorerst mit 18 Kandidaten, später mit weiteren 9 Kandidaten. Alle Kandidaten waren erfolgreich und arbeiten in Deutschland. Eine Fortsetzung dieser Initiativen ist geplant. Darüber hinaus werden auch Menschen individuell unterstützt, die einen Ausbildungsvertrag aus Deutschland haben – durch Training, Beratung, Verfassen von CV und Motivationsbriefen, Anerkennung des Schulabschlusses.

Der DIMAK hat ebenfalls einen **besonderen Fokus auf Roma, Ashkali und Ägypter** im Kosovo, weil sie einen großen Teil der Migration vom Kosovo nach Deutschland und den größten Teil der Displaced Persons innerhalb Kosovos bilden. Die Unterstützung besteht aus folgenden Schritten:

1. Kontakt zu den politischen Vertretern dieser Communities (Kujtim Pacaku und weitere),
2. Informationsangeboten vor Ort über potentielle Arbeitgeber im Kosovo sowie über Arbeitsmigration nach Deutschland. Diese Aktionen waren erfolgreich: 6 Mal wurden Karrieren-Infotage für Roma, Ashkali und Ägypter durchgeführt, es gibt auch viele individuelle Klienten aus den RAE-Communities. Die Klientel des DIMAK bilden zu 5% Roma, Ashkali und Ägypter, obwohl deren Anteil in der Bevölkerung nur 2% ausmacht. Die Mehrheit der Klientel ist dennoch albanisch, weil es eine lange Migrationstradition seit dem Zweiten Weltkrieg gibt, die letzte Migrationswelle 2014/2015 war bereits die vierte. Beinahe jede Familie hat Angehörige im Ausland.

5.

Politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kontext

Serbien

Serbien hat offiziell 9,1 Millionen Einwohner, was an sich ein Politikum ist, da Serbien immer noch die ca. 2 Millionen Kosovo-BürgerInnen mitzählt. Der Mindestlohn pro Stunde beträgt 1,20 EUR, das Durchschnittsgehalt pro Monat beläuft sich auf 500,- EUR brutto und 350,- EUR netto. Die Angaben über das Durchschnittsgehalt sowie die Arbeitslosenquote von 18,7% sind, wie Martin Knapp erläutert, dennoch mit Vorsicht zu genießen, da die Zahlen lediglich die offizielle Beschäftigung widerspiegeln und die zahlreichen nicht offiziellen Beschäftigungen nicht berücksichtigen.

Wie Andreas Poltermann erläutert, werden 50% der Arbeitsverhältnisse durch den Staat vergeben, selbst in der lokalen Politik entscheiden die Bürgermeister und hohen Politiker darüber, wer welche Stelle bekommt. Es werden oft auch Hochschulabschlüsse gekauft. Dies führt zum Klientelismus, den auch Zvonko Mitrović kritisiert: Laut seinen Angaben verteidigen selbst Roma-VertreterInnen, die der Regierung nahe stehen, die Arbeit der staatlichen Organe, und versichern gerne (ausländischen) Beobachtern, dass die Situation in Serbien in Ordnung sei.

Damit hängt auch die Organisation des politischen Lebens in Serbien zusammen. Nicht nur, dass die serbischen Abgeordneten keine Mittel für Mitarbeiter und daher eine geringe Kapazität für inhaltliche Arbeit haben. Andreas Poltermann bezeichnet es als System der herrschenden Partei: der jeweilige Wahlsieger bekommt alles, denn diejenigen, die die Opposition bilden sollen, treten der Gewinnerpartei bei, um die Gesellschaft mit kontrollieren zu können. Dies zeigen bildlich die Mitgliederzahlen: Die Progressive Partei (SNS) hatte vor den Wahlen im Jahr 2012 um die 100.000 Mitglieder, jetzt (nach dem Wahlsieg) sind es bereits 400.000 Mitglieder, die von der bisherigen Regierungspartei weggegangen sind. Laut Andreas Poltermann wird das Recht als Machtinstrument wahrgenommen: Menschen, die sich wegen ihrer Rechte an die Gerichte wenden, wird unterstellt, dass sie die Regierung stürzen wollen.

Als das dringendste Problem der Politik sieht Milan Antonijević die Abhängigkeit der serbischen Jurisdiktion: die serbischen Politiker haben laut ihm immer noch einen enormen Einfluss insbesondere auf die Staatsanwaltschaft, die stark hierarchisch aufgebaut ist. Somit kann der Hauptstaatsanwalt seinen Mitarbeitern jederzeit Fälle entziehen und sie selbst weiter bearbeiten. Auch die Verfassung muss laut Antonijević geändert werden, der Ombudsmann darf nicht mehr von der Regierung angegriffen werden, das Parlament soll sich wirklich einmischen, nicht nur Sachen verabschieden, die ihm vorgelegt werden.

Im Rahmen der Korruptionsbekämpfung wird laut Tanja Mišćević das Korruptionsgesetz geändert. Zukünftig wird es eine unabhängige Agentur geben, die das Vermögen von allen Beamten am Anfang und zum Schluss ihrer Amtstätigkeit erfassen wird. Der Status von „Whistle Blowers“ wird eingeführt, der ihnen dann einen besonderen Schutz gewährt. Es gibt auch Integritätspläne für das Bildungs- oder Polizeisystem, die zum nicht-korrupten Handeln erziehen werden.

Die Mainstream-Medien werden nach Aussagen von Andreas Poltermann von der Progressiven Partei kontrolliert, was ebenfalls Milan Antonijević, Direktor von YUCOM bestätigt. Er spricht sogar von einer Autozensur seitens der Journalisten. Er kritisiert auch, dass Journalismus als keine prestigeträchtige Profession gesehen wird, sondern eher als eine Umsteigestation auf dem Weg zu einer besseren Karriere. Dementsprechend verfügen die Journalisten oft über eine schlechte fachliche Ausbildung. Unabhängige Journalisten funktionieren laut Andreas Poltermann eher auf der Basis von NGOs, die kein Profit erzielen,

dafür aber frei schreiben. Viele trauen sich auch, Kritik gegenüber der Regierung auszusprechen, auch wenn es schon passiert ist, dass Namen und Adressen von kritischen Journalisten veröffentlicht wurden. Sie werden also nicht direkt vom Staat verfolgt, müssen aber, wie Andreas Poltermann erklärt, Belästigungen, Bedrohungen, bis hin zu Übergriffen befürchten, vor denen sie der Staat nicht beschützt. Darüber hinaus gibt es auch Medien, die in der Mitte von beiden Polen stehen und manchmal Kritik äußern, wie beispielsweise die online-Plattform Peščanik.

Die Zivilgesellschaft ist laut Andreas Poltermann nicht sehr entwickelt. Meistens werden die serbischen NGOs von der EU finanziert, teilweise auch aus Russland. Die EU-finanzierten NGOs arbeiten manchmal die EU-Agenda ab, werden dabei eher als ein Arbeitssektor wahrgenommen und von der Gesellschaft getrennt.

Kosovo

Bevölkerung

Kosovo hat 1,8 Millionen Einwohner sowie weitere 500.000 Menschen (Schätzungen 300.000 bis 800.000), die im Ausland leben. Durchschnittliche Familiengröße beträgt 6-7 Personen, wobei jede Familie im Durchschnitt mindestens 1 Person im Ausland hat, 70% davon im deutschsprachigen Raum. Schätzungsmäßig kommen 200,- bis 300,- Euro Einkommen pro Familie pro Monat aus der Diaspora. Das macht 20% der Wirtschaftsleistung im Kosovo aus und ist für die Familien überlebenswichtig. Migration wird als ein Sicherungssystem betrachtet. Großer Vorteil ist, dass Kosovo noch von keinem Braindrain betroffen ist: Es gibt 10.000 arbeitslose Krankenschwestern, im Vergleich dazu gibt es z.B. in Rumänien teilweise flächendeckende Probleme in der Versorgung. Viele junge Menschen im Kosovo sind fähig und sehr motiviert. Bevölkerung im Kosovo setzt sich zu 92% aus Albanern, zu 5% aus Serben und zu 2% aus Roma, Ashkali und Ägypter zusammen.

Politische Situation:

2014 gab es im Kosovo Parlamentswahlen, die stärkste Partei war die PDK, die bis dahin auch regiert hatte. Sie benötigte allerdings einen Koalitionspartner. Es hat sechs Monate gedauert, bis sich die Regierung bildete, bis dahin gab es Stagnation im Kosovo. Anfang Dezember 2014 hat die PKD eine Koalition mit EDK mit Außenminister Thaçi gebildet, die Opposition hat die Entscheidung dem Premierminister Mustafa sehr lange übelgenommen, weil sie am Anfang der Koalitionsverhandlungen als Koalitionspartner eingeplant waren. Dies ist auch heute noch Ursache für Konflikte, es gab viele gewaltige Demonstrationen oder Anwendung von Tränengas im Parlament.

Auch sonst fokussiert sich die Regierung seit Sommer 2015 auf zwei Themen, die für die weitere Entwicklung des Landes eher nebensächlich sind:

1. Ratifizierung der Grenzvereinbarung mit Montenegro. In Wien wurde ein Abkommen zur Festlegung der Grenze mit internationaler Beteiligung abgeschlossen. Montenegro hat dieses direkt ratifiziert, Kosovo nicht.
2. Im Rahmen des politischen Dialogs in Brüssel 2013 gab es die Einigung, dass ein serbischer Gemeindeverband gegründet wird. Beide Seiten haben zugestimmt, aber die Opposition hat die Vereinbarung vor das Verfassungsgericht gebracht, es hat die grundsätzlich der Existenz zugestimmt, wenn die Statuten mit der Verfassung vereinbar sein wird. Mit der Formulierung der Statuten wurde noch nicht richtig begonnen, weil man sich nicht auf der Benennung der Mitglieder des Managementteams geeinigt

hat. Der Verband soll keine exekutive Befugnisse haben, sondern nur lokale operative Befugnisse auf der Wirtschaftsebene. Es gibt insgesamt 10 serbische Gemeinden im Kosovo.

Angelika Viets kritisiert darüber hinaus, dass es seit Jahren keine Bildung der politischen Kultur und Demokratie gibt: Die Regierung informiert das Parlament nicht, bereitet keine Informationen als Grundlage für die Gesetzgebung vor, die Oppositionsabgeordneten erscheinen auch 6 Monate lang nicht im Parlament, sie unterschreiben nur pünktlich ihre Diäten. Im Gegensatz zu Serbien haben sie aber Mitarbeiter und Mittel für Sachkosten – ähnlich wie in Deutschland, nur im einem viel geringeren Umfang.

Ressourcen im Kosovo

Kosovo hat Vorkommen von Erzen und Braunkohle, aber die Eigentumsverhältnisse sind unklar, weil Serbien Ansprüche auf das Vorkommen erhebt. Serbien geht es vor allem um die Minenanlage Trepča, in der es einen Privatisierungsprozess gab, aber die Gläubigerfragen sind unklar.

Bildung

Es gibt immer noch Folgen von historischen Bildungsproblemen, denn in der Vergangenheit blieben die Albaner 10 Jahre ohne schulische Bildung, wurden lediglich in den selbstorganisierten sog. „Hauschulen“ unterrichtet.

Medizinische Versorgung

Manche schwere Krankheiten können im Kosovo nicht behandelt werden. Seit Januar 2015 soll es ein System der staatlichen Versicherung geben, aber es gibt stattdessen immer noch nur ein steuerfinanziertes Gesundheitssystem. Kosovo verfügt über einen Fonds, aus dem Behandlungen im Ausland finanziert werden können. Darüber hinaus sind private Kliniken und Ärzte im Land tätig, die jedoch für die meisten Kosovarer finanziell unerreichbar sind.

Wirtschaftliche und soziale Lage

30% des Haushaltes kommt aus ausländischen Quellen. Der Mindestlohn beträgt 180,- Euro, es gibt aber auch Ausnahmen davon: z.B. Putzfrauen im Arbeitsministerium bekommen 120,- Euro im Monat (weniger als 1,- Euro/Stunde). Dies ist wahrscheinlich auch das Lohnniveau im Bereich der sozialen Dienstleistungen, außer in privaten Einrichtungen. Der Durchschnittslohn beträgt 360,- Euro. Soziale Sicherungssysteme sind marginal: Die Grundrente von 80,- Euro, ist so kalkuliert, dass Menschen damit nicht verhungern. Für Bedürftige gibt es auch extra Feuerholzpakete für den Winter.

Es gibt massive strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Jährlich strömen 35.000 junge Menschen aus dem Bildungssektor auf den Arbeitsmarkt im Kosovo, trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung ist der Markt fähig, nur 10.000 aufzunehmen. Es dauert daher im Schnitt fünf Jahre, bis ein Jugendlicher einen Arbeitsplatz findet. Die Arbeitslosigkeit im Kosovo beträgt 30%, die Jugendarbeitslosigkeit aber 70%. Die Frauenbeschäftigungsquote liegt bei 12-15%. Wie in Serbien gibt es im Kosovo eine hohe prekäre informelle Beschäftigung ohne soziale Absicherung.

6.

Internationale Beziehungen

Beziehungen Serbiens zu Deutschland, der EU und Russland

Laut Alexander Jung fallen letzte Umfragen so aus, dass knapp über 50% der Bevölkerung der Annäherung an die EU zustimmt. Wenn man sich Umfrageergebnisse von Menschen ansieht, die tatsächlich bei einem Referendum abstimmen würden, kommt man auf 60% der zustimmenden WählerInnen. Das heißt, dass etwas weniger als die Hälfte der serbischen Bevölkerung mit Russland sympathisiert, mit dem Serbien die gemeinsame Geschichte sowie die gleiche Position zur Kosovo-Frage verbindet sowie die Tatsache, dass Serbien im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Ländern keine schlechte historische Erfahrung mit Russland als einem Aggressor gemacht hat.

Milan Antonijević schätzt das Verhältnis der serbischen Bevölkerung zur EU als immer realistischer bezüglich der Erwartungen an die EU: Früher wurden vor allem finanzielle Vorteile in Form von möglichen Förderungen gesehen, nun wird auch eingesehen, dass es zu einem Wertewandel kommen muss. Nicht zuletzt durch Turbulenzen in der Region sowie durch die Migration wird die EU als eine Sicherheit betrachtet. Die NATO wird andererseits nicht so gut akzeptiert.

Sowohl Milan Antonijević, als auch Martin Knapp betonen das große Potential des Einflusses von deutscher Seite. Laut Martin Knapp sind in Serbien 275 Firmen mit deutscher Beteiligung tätig, die mehr als drei Mitarbeiter haben. Insgesamt beschäftigen diese Firmen 30.000 MitarbeiterInnen. Der jährliche Umsatz beträgt 2,8 Mrd. EUR. In den offiziellen Statistiken sind die deutschen Firmen nicht sichtbar, weil sie in Südosteuropa über österreichische, niederländische, schweizerische und luxemburgische Tochtergesellschaften investieren.

Serbien hat seit Januar 2014 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Der Annäherungsprozess wird in verschiedene Kapitel gegliedert, die nacheinander abgearbeitet werden. Im Dezember 2015 konnte das Kapitel 35 eröffnet werden, das den Normalisierungsprozess zwischen Serbien und Kosovo behandelt. Im Juli 2016 wurden zwei weitere Kapitel eröffnet, die die Rechtsstaatlichkeit und somit Themen wie Behandlung von Minderheiten, Unabhängigkeit der Justiz und Korruption betreffen: Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und Kapitel 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit)⁷. Laut einer Bundestagsresolution sollen die Themen Rechtsstaatlichkeit und Kosovo zuerst eröffnet und zuletzt geschlossen werden.

Auch Tanja Mišćević bezeichnet die Kapitel 23 und 24 als die wichtigsten, denn Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur eine Bedingung, die Serbien zu erfüllen hat, sondern sie wird als Voraussetzung für das Fortbestehen des Staates, Grundlage eines besseren Lebens der BürgerInnen sowie eine Bedingung für erwünschte ausländische Investitionen in Serbien gesehen. Als problematisch sieht sie die Umsetzung: Serbien ist nicht gewöhnt, die erbrachten Leistung nachzuweisen, es gibt auch kein serbisches Wort für „Track Records“. Es ist daher nicht nur für die Verhandlung mit der EU, sondern auch für die serbische Gesellschaft förderlich, dass die Bewertungsmaßstäbe für die Fortschritte Serbiens durch die Europäische Kommission gesetzt werden, wobei die Regierung jedes halbe Jahr einen Bericht an die Mitgliedsstaaten der EU darüber schicken muss, was erreicht wurde.

Die Arbeit des EU-Beitrittsverhandlungsteams wird von Seiten der Zivilgesellschaft durch die Organisation

⁷ Siehe Informationen des Auswärtigen Amtes: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung_Nachbarschaft/Erweiterung/Serbien.html (Abruf am 13.12.2016)

YUCOM begleitet, die der Regierung Anmerkungen und Vorschläge zu den zu verabschiedenden Dokumenten schickt und an den Entwürfen von Aktionsplänen für die einzelnen Kapitel mitwirkt. Der Direktor von YUCOM, Milan Antonijević begleitet mit einem Team von 60 Mitgliedsorganisationen das Kapitel 23, wobei er einige Erfolge zu berichten hat: So hat die Regierung aufgehört, Dokumente unter Verschluss zu halten. Deren Qualität hat sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verbessert. Die YUCOM hat auch mehr Zeit für die Beurteilung der Gesetze und anderer Dokumente gewonnen – früher wurden sie innerhalb von wenigen Tagen verabschiedet (so beispielsweise die neue serbische Verfassung im Jahr 2006), was keine Zeit für die Diskussionen im Parlament und mit der Zivilgesellschaft ermöglichte. Eine weitere Aufgabe der durch YUCOM vertretenen Zivilgesellschaft ist es, die Dokumente zu validieren, also Daten zu liefern, die die Umsetzung eines Gesetzes oder Aktionsplans dokumentiert. Laut Milan bedeutet dies eine Anerkennung der Kompetenz der organisierten Zivilgesellschaft. Andererseits räumt er ein, dass dies eine eigentliche Aufgabe der Regierung sein sollte.

Andreas Poltermann kritisiert die Politik der deutschen Regierung, indem er hervorhebt, dass die deutsche Regierung ihren potentiellen Einfluss nicht ausspielt, um eine demokratische Gesellschaft zu gestalten. Auch die Forderungen der EU sieht er kritisch: Nach seinen Worten fördert die EU Aktionspläne – und Serbien hat gelernt, diese zu liefern. Doch wie auch Tanja Mišćević betont, alleine durch Aktionspläne kann die jetzige Situation nicht geändert werden.

Beziehungen Kosovos zu Deutschland und der EU

Zwischen den Jahren 2014 und 2015 gab es eine große Migrationswelle aus dem Kosovo, 70.000 kosovarische Bürger sind illegal ausgewandert, die meisten nach Deutschland. In Deutschland leben 69.000 kosovarische Bürger, die ausreisepflichtig sind und noch nicht abgeschoben wurden.

EU-Visa-Liberation und EU-Annäherung:

Voraussetzungen: Demarkationslinie zwischen Montenegro und Kosovo wird geklärt und der Verband der serbischen Gemeinden wird gegründet. Leistungsnachweis über organisierte Kriminalität und Korruptionsfälle – dies muss noch nachgereicht werden, bisher ist kein Fortschritt ersichtlich. Kosovo führte viele Reformen durch, die die EU forderte (Asylverfahren, Grenzkontrollen, Grundrechte), Kosovo ist kurz vor dem Abschluss des Prozesses.

Es wurde bereit das sog. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) unterschrieben, das seit dem 1. April 2016 rechtskräftig ist. Dies ist die Grundlage für weitere Zusammenarbeit im Bereich des Sozialen, der Bildung, Umwelt etc. Zum ersten Mal wurden damit auch die Beziehungen mit der kosovarischen Regierung formalisiert. Das SAA ist eine wirtschaftliche (mit Aspekten des freien Handels) sowie eine politische Vereinbarung. Die Umsetzung des SAA ist jedoch ein langer Prozess.

Ein grundsätzliches Problem mit dem Kosovo: Wegen dem Status des Staates gibt es kein klares Ziel, das man verfolgen kann, und keinen klaren nächsten Schritt. Normalerweise beantragen die Staaten die EU-Mitgliedschaft, die EK gibt dann die Meinung ab (wie bei Bosnien-Herzegowina im September 2016) und erstellt eine Liste von Forderungen. Im Falle von Kosovo stagniert der Visa-Liberalisierungsprozess, weil der Staat von manchen EU-Mitgliedsstaaten nicht anerkannt wurde und es neben dem SAA keine weiteren Angebote seitens der EU geben kann. Es wird etwas benötigt, um die Regierung zu weiteren Reformen zu motivieren, ansonsten ein hohes Risiko des Abdriftens ohne eine klare Perspektive.

Auch deswegen prüfen die EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen Reformen oft nur oberflächlich (z. B.

im Fall von der Behandlung der Minderheiten), weil Kosovo über die EU-Mitgliedschaft nicht verhandeln kann. Erst wenn es um die Mitgliedschaft geht, ist der Fokus auch viel gründlicher und auch die Umsetzung wird strenger geprüft.

Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo

Parallel zur EU-Beitrittsverhandlung werden Normalisierungsgespräche zwischen Serbien und dem Kosovo geführt. Es geht dabei vor allem um praktische Fragen der Freizügigkeit zwischen beiden Ländern, wie beispielsweise welche Pässe anerkannt werden. Seit einiger Zeit müssen die kosovarischen Kfz-Schildern an der Grenze zu Serbien nicht mehr für serbische Schilder umgetauscht werden. Ebenfalls die Zusammenarbeit im Bereich der Energie und Telekommunikation spielt eine wichtige Rolle. Die EU fordert dabei von Serbien nicht, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen, sondern lediglich die Beziehungen zu normalisieren.

Laut Milan Antonijević wird die Beziehung der serbischen Regierung seit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos immer pragmatischer, da sie einsieht, dass ein Dialog und konstruktive Änderungen notwendig sind. Es werden aber auch viele Dokumente unterschrieben, die nicht umgesetzt werden, weswegen sich beide Seiten gegenseitig beschuldigen. Laut Milan Antonijević übernimmt meistens Serbien die führende Rolle, macht dann Vorschläge, die der Kosovo wegen der inneren Sicherheit nicht umsetzen kann. Die serbische Regierung kann sich dann zurücklehnen und warten.

Angelika Viets, Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland im Kosovo, machte allerdings darauf aufmerksam, dass sich das politische Verhältnis zwischen beiden Ländern trotz der pragmatischen Lösungen eher verschlechterte: Es gibt wachsenden Nationalismus und Provokationen, aktuell von der serbischen Seite, obwohl sich das Land dem Ziel der Normalisierung verpflichtet hat. Serbien blockiert auch den Beitritt Kosovos in allen internationalen Organisationen. Es gibt keinen Versöhnungsprozess, es ist z.B. unmöglich, dass sich in manchen Gebieten, wie in Gjakova, wieder Serben ansiedeln würden. Im Gegenteil: Serbischer Minister für Communities Jevtić hat erklärt, dass 200.000 Serben als Displaced Persons in Serbien leben, er will sie zurück in den Kosovo bringen. Die Menschen sind aber schwer zu motivieren, weil es Propaganda über Bedrohung der Displaced Persons gibt, die zurück nach Kosovo wollen.

7.

Fallbeispiele

Ein Beispiel von vielen: Familie Stanković

Der Fall der Roma-Familie Stanković zeigt plastisch, aus welchen Gründen Menschen Serbien verlassen und mit welchen Schwierigkeiten sie dabei zu kämpfen haben. Ihre Geschichte ist dabei geradezu typisch: Sie haben mehrere Versuche unternommen, in Deutschland Fuß zu fassen, wobei sie das erste Mal bereits Ende der 1990er Jahre oder Anfang 2000 im Zuge der Balkan-Kriege nach Deutschland kamen.

Typischerweise befinden sich solche Familien nach jeder Rückkehr – auch wegen der repressiven Maßnahmen seitens des serbischen Staats – in einer noch schlechteren Lage als davor. Sehr typisch sind fehlende Informationen zum eigenen rechtlichen Status, bzw. generell zum Asylverfahren und die damit verbundene psychische Belastung, die durch die Abschiebung sowie alleine schon durch die Angst davor verursacht wird.

Familie Stanković hat den ersten Asylantrag im Jahr 2000 in Biberach gestellt, wohin sie nach dem Bombardement von Serbien geflohen ist. Dort hat sie 19 Monate in einer Wohnung gelebt, der ältere Sohn wurde dort geboren. Ende 2002 entschied die Familie, freiwillig nach Serbien zurückzukehren, weil die Großeltern von Herrn Stanković schwer krank waren. In Serbien wurde auch der zweite Sohn geboren.

Das zweite Mal entschied sich die Familie – Herr Stanković, seine Frau, ihre zwei Kinder, und seine Eltern – 2012 nach Deutschland auszuwandern, „wegen der Zukunft“ und „dem schweren Leben in Serbien“, wie Herr Stanković erläutert. Auch die Familie seines Bruders lebte in Deutschland. Der erste Asylantrag vom Jahr 2000 wurde im Registrierungssystem nicht gefunden und die Familie wurde als Erstantragsteller nach Chemnitz zugewiesen. Herr Stanković beschreibt das Ankommen in Chemnitz als ein negatives Erlebnis: Erstens wollten sie gar nicht nach Chemnitz, weil sie Gerüchte über Gewalt und andere Bedrohungen seitens Asylsuchender aus Pakistan, Afghanistan und anderen Ländern gehört haben sollten. Aus dem Ort ihrer Wahl, zu dem sie zuerst gereist sind – Karlsruhe – wurden sie allerdings unfreiwillig nach Chemnitz geschickt. Zweitens wurden ihnen dort vorerst alle Dokumente weggenommen. Die Situation hat sich das erste Mal nach dem angeordneten Transfer nach Freiberg gebessert: Dort haben sie alle notwendigen Dokumente sowie Sozialleistungen in Höhe von 1.000,- Euro pro Monat bekommen. Die Zeit in Freiberg beschreibt Herr Stanković als sehr gut. Es ist ihm gelungen, aus Eigeninitiative Arbeit im Flüchtlingsheim als Hausmeister zu finden, auf die er sehr stolz war. Die ganze Familie hat eine Duldung erhalten, die sie alle drei Monate verlängern musste. Aus der Erzählung von Herrn Stanković geht allerdings hervor, dass sich die Familie nicht des Umstandes bewusst war, dass die Duldung keinen Anspruch auf einen legalen Aufenthalt in Deutschland begründet und jederzeit zurückgezogen werden kann. Umso weniger erwartet war dann die Abschiebung der Eltern von Herrn Stanković, die unangekündigt 2013 abgeholt und nach Serbien gebracht wurden. Herr Stanković beschreibt die Situation als unverständlich, in der Familie gab es kein Verständnis dafür, warum nur ein Teil der Familie abgeschoben wurde, wenn sie alle zusammen eingereist sind und alle eine Duldung hatten. Er beklagt sich auch über die fehlenden Informationen darüber, wie eine Abschiebung verhindert werden könnte⁸:

⁸ Kommentar des Sächsischen Flüchtlingsrats: Eine eigenhändige Ausreise ist nach einer Ablehnung des Asylantrags (und nach der erteilten Duldung) praktisch nicht möglich. Die abgelehnten Asylsuchenden verfügen über keine Reisedokumente, die werden von der Bundespolizei oder beim BAMF eingezogen und erst bei der Abschiebung oder

„Niemand hat uns gesagt, diese Familie muss freiwillig unterschreiben, so dass die Polizei nicht kommt und, so dass du keine Strafe und das alles bekommst. Die Polizei ist einfach gekommen und...“

Nach der Abschiebung der Eltern fühlte sich die Familie sehr unsicher und litt unter Angst, ebenfalls abgeschoben zu werden. In das Flüchtlingsheim kam immer wieder die Polizei, um andere abzuholen, was für Herrn Stanković sehr beunruhigend war. Seine Befürchtungen wurden letztendlich erfüllt – die erste Abschiebung war für den Tag angeordnet, an dem die Familie gerade ihre Duldungsverlängerung abgeholt hat – paradoxerweise zum ersten Mal für sechs Monate.

„Wir haben wieder Geld bekommen, alles war in Ordnung. Aber die Polizei kam jede Nacht, wir konnten nicht schlafen. In der Nacht habe ich nur beobachtet, ob die Polizei kommt, wegen den Kindern. [...] Sie haben mich nicht gefragt, ob ich freiwillig will, oder so was. Nein. Sie haben gesagt: OK, sie bekommen eine Verlängerung für sechs Monate und das war es. Wir haben sechs Monate bekommen. Ich bin an diesem Tag nach Hause gekommen, um zwölf Uhr in der Nacht kam die Polizei.“

Die erste Abschiebung konnte dadurch verhindert werden, dass das Ehepaar Stanković beim Ankommen der Polizei nicht anwesend war. Nachdem sie von Bekannten über die Situation verständigt wurden, haben sie sich die ganze Dezember-Nacht bis fünf Uhr morgens auf der Straße versteckt. Danach hat die Familie weiterhin Geld erhalten und Herr Stanković konnte weiter als Hausmeister arbeiten, wodurch sie den falschen Eindruck bekommen haben, es sei nun wieder alles in Ordnung.

Am 23. März 2014 kam die Polizei, um die Schwester von Herrn Stanković abzuschicken, die mit ihrer Familie im gleichen Flüchtlingsheim gewohnt hat. Als festgestellt wurde, dass Familie Stanković ebenfalls anwesend ist, wurden sie gleich mitgenommen. Dies beschreibt Herr Stanković als höchst schockierend:

„Ich habe ihr gesagt: Hallo, die Polizei ist gekommen wegen dir, du musst zurück nach Serbien. Sie hat geweint, Kinder, Stress, Katastrophe. Auf einmal kam die Polizei von unten mit Papieren, sie hatten mein Bild. Sie haben gesagt: Familie Stanković? – Ja. Wir sind da. – OK, die Familie muss auch mitkommen. – Warum? – Ja, die hat Abschiebung. [...] Sie haben uns nach Karlsruhe gebracht, ins Flugzeug. Das war voll mit Abgeschobenen. Wir hatten noch 300 Euro, sie haben es uns weggenommen. Sie haben gesagt – wir kamen ohne nichts und wir gehen auch ohne nichts.“

Der Grund für die Abnahme des Bargeldes durch die deutsche Polizei ist unklar. Nach der Ankunft in Serbien hat Familie Stanković einen Termin bei der serbischen Polizei bekommen, bei dem sie über die Gründe ihrer Auswanderung und über die Höhe der in Deutschland empfangenen Sozialhilfe ausgefragt wurden. Sie haben dann sechs Monate lang eine Sperre für sämtliche Sozialleistungen in Serbien bekommen. Sie befanden sich in einer komplett mittellosen Situation.

Im September 2015 unternahm die Familie einen dritten Versuch, nach Deutschland auszuwandern, diesmal unter dem Nachnamen der Mutter von Herrn Stanković. Sie haben sich 450 Euro ausgeliehen, um auf dem Landweg nach Deutschland zu kommen. Bei Dresden wurden sie jedoch durch die Polizei aufgegriffen und

sog. "freiwilliger Rückreise"/geförderte Rückkehr ausgehändigt. Diese verläuft normalerweise über die IOM, in Sachsen über das Deutsche Rote Kreuz. Dabei wird eine Vereinbarung unterschrieben, in der Mitwirkung bei der geförderten Rückkehr (praktisch: eine unbegleitete Abschiebung) verankert wird. Die Vorteile sind der bezahlte Flug, keine 36-monatige Wiedereinreisesperre, sondern lediglich eine 10-monatige Sperre wegen einer als offensichtliche unbegründet bezeichneten Ablehnung des Asylantrags, ggf. je nach dem Herkunftsstaat Genuss von Eingliederungshilfen.

wegen der illegalen Einreise in ein Gefängnis gebracht. Sie wurden an den Fingerabdrücken erkannt, die sie in Chemnitz abgeben mussten, als sie einmal beim Schwarzfahren kontrolliert wurden. Aus der Zeit gab es auch ein Bußgeld in Höhe von 300,- Euro. Sowohl Herr Stanković, als auch seine Frau und die Kinder wurden in Einzelhaft untergebracht, was mit großer Angst um das Wohlergehen der Kinder verbunden war. Das gesamte Bargeld wurde ihnen weggenommen, Herr Stanković beklagt sich ebenfalls um Essensmangel während der Haftzeit:

„Ich habe gesagt: Wir müssen nichts essen, aber die Kinder sollen was essen. Er ist dann weggegangen, hat aus meinem Geld fünf Euro genommen und ist einkaufen gegangen: zwei Brötchen, Salami, zwei Bananen für die Kinder. Aus unserem Geld. Wenn ich das erzähle, ist mir selbst fast nach weinen, weil es wirklich so war.“

Nach zwei Tagen wurde die Familie mit einem Visum für sieben Tage der tschechischen Polizei übergeben, und ist dann durch einen Bekannten aus Wien über Österreich zurück nach Serbien gekommen. Hier lebt die Familie weiterhin in einer informellen Siedlung am Rande von Belgrad. Ihre Einreisesperre für den Schengenraum dauert bis August 2017.

Besuch der Siedlung Ali Ibra in Gjakova, West-Kovoso

Früher war dies eine illegale Siedlung am Rande einer Mülldeponie, 2009 stellte die Gemeinde Gjakova Land für eine Umsiedlung zur Verfügung⁹. Mit Unterstützung des Schweizer Hilfswerks Caritas, des Bundes, der Gemeinde Gjakova, der Regierung des Kosovo und anderen¹⁰ konnten neue Reiheneinfamilienhäuser mit Strom-, Wasser- und Kanalisationsanschluss gebaut werden. Insgesamt 120 Häuser für ca. 800 Menschen wurden gebaut¹¹. Wie im Reflexionspapier der Caritas zur Internationalen Zusammenarbeit Roma-Projekte in Mittel- und Osteuropa vom April 2014 aufgeführt wird, konnte „durch die gemeinsame Lobby-Arbeit erreicht werden, dass die Kinder gleichen Zugang zu den städtischen Schulen haben wie die Kinder der Mehrheitsbevölkerung. Den Roma haben die Behörden auch den gleichen Zugang zur städtischen Fürsorge und zu den städtischen Gesundheitsdiensten zugesichert. 2010 besuchten 104 Kinder die Volksschule. Im Schuljahr 2012/2013 sind bereits 234 Kinder (95 Prozent der Roma-Kinder im Schulalter) integriert. Im Rahmen der Reorganisation der städtischen Mülldeponie ist es dem Projekt gelungen, 23 Roma eine geregelte Arbeit zu vermitteln. Dank des Projekts fanden weitere zehn Roma im Bereich des Baus und der Blechverarbeitung eine neue Arbeit; außerdem erzielten sechs junge Roma-Frauen als Schneiderinnen oder Coiffeusen ein Einkommen durch Heimarbeit.“¹²

Die neu gebauten Häuser waren beim Anblick von Außen im guten Zustand. Die Siedlung steht außerhalb der Stadt und ist wie oben beschrieben durch einen Feldweg zu erreichen, den Müllhalden umranden. Auf den ersten Blick war damit die soziale Exklusion der Siedlung sichtbar, sie wird scheinbar von den Stadtbewohner_innen nie besucht. Die hier lebenden Menschen beklagten sich vor allem über ihre Perspektivlosigkeit, über ihre Arbeitslosigkeit, die nicht überwunden werden kann. Es drängelte sich die Frage auf, wie nachhaltig dieses Projekt wirklich ist.

⁹ https://www.caritas.ch/fileadmin/media/caritas/Dokumente/Positionspapiere/CA_Roma-Papier_2014-03_DE_LOW.pdf, abgerufen am 28.11.2016

¹⁰ <http://antizig.blogspot.de/2012/05/04/das-leben-des-jungen-mentor/>, abgerufen am 28.11.2016

¹¹ ebed.

¹² https://www.caritas.ch/fileadmin/media/caritas/Dokumente/Positionspapiere/CA_Roma-Papier_2014-03_DE_LOW.pdf, abgerufen am 28.11.2016

Nach Aussagen der Bewohner gibt es für sie keine Arbeit, höchstens saisonal bei der Weintraubenernte, wobei dann auch Kinder aushelfen und in der Zeit nicht zur Schule gehen (teilweise fällt dies auf die Ferienzeit). Andere leben vom Müllsortieren: Zur Siedlung führt ein Feldweg, auf dem auch Abfallwägen zur Deponie fahren. Gleich nachdem das Fahrzeug von der Hauptstraße abbiegt, klettern kleine Kinder hinauf und werfen den Abfall herunter. Dieser wird anschließend sortiert, wertvolle Rohstoffe werden verkauft, der Rest bleibt am Rand des Weges liegen. Dementsprechend ist die Umgebung der Siedlung voller Abfall. Die Kinder waren oft schmutzig und ungenügend gekleidet, einige hatten bei der kalten Temperatur um 10°C kurze Hose oder nur Pantoffeln ohne Socken, nur wenige hatten ordentliche Jacke an. Ältere Kinder, die wir gefragt haben, haben bestätigt, dass sie in die Schule gehen, wo auch albanische Kinder hingehen. Sie müssen dafür eine halbe Stunde zu Fuß zurücklegen.

Wir sind dem Jungen begegnet, der 2012 auf dem Titelbild der Schweizerischen Weltwoche mit dem Titel „Die Roma kommen: Raubzüge in die Schweiz“ als Vierjähriger mit einer Spielzeugpistole abgebildet wurde. Sein Vater hat ausgesagt, er musste deswegen die Schule wechseln, weil ihn die Mitschüler_innen ausgelacht hätten. Der mittlerweile 12-jährige Junge wirkte schüchtern, ein Foto lehnte er ab.